

Keine A49 - keine Autobahnen nirgends!



Das letzte Baumhausdorf im Dannenröder Wald ist geräumt, die Trasse für die A49 vollständig gerodet. Trotz 15-monatiger Besetzung mit zahllosen Baumhäusern, und obwohl sich Tausende an breit getragenen Protesten im ganzen Land beteiligten. Gegen die Übermacht einer Polizei, die auch vor schwerster Körperverletzung nicht zurückschreckte, konnte der Wald nicht verteidigt werden. Eine schmerzhafteste Niederlage also für die Klimabewegung? Keineswegs.

Die Autobahn ist noch lange nicht gebaut, und der Widerstand wird auf vielen Ebenen vor Ort wie überregional weitergehen. Ob die A49 jemals fertiggestellt werden wird, steht in Anbetracht ihrer Klima- und Umweltauswirkungen sowie der wackligen rechtlichen Grundlagen in den Sternen. Vor allem aber ist klar: Die Zeit, in der große Straßenbauprojekte wie selbstverständlich durchgewunken wurden, ist endgültig vorbei. Jeder weitere Autobahn- oder Bundesstraßenbau wird massiven Widerstand hervorrufen und muss sich rechtfertigen.

Mit den Protesten gegen die A49 hat sich die erstarkende Bewegung für Verkehrswende und Klimagerechtigkeit in die verkehrspolitische Debatte eingemischt und den Diskurs verschoben. Aus einem regionalen Dauerthema wurde durch die Zusammenarbeit von lokalen Initiativen und überregionaler Bewegung ein bundesweit aufmerksam verfolgter Konflikt und ein Symbol für eine zentrale Zukunftsfrage: Welche Infrastruktur brauchen wir für die Mobilität der Zukunft, wenn wir es ernst meinen mit der Verkehrswende? Ist der Bau neuer Autobahnen im Jahr 2020 angesichts der eskalierenden Klimakrise noch zu verantworten?

Dieser Kernfrage ist die 'Gegenseite', wozu neben der schwarz-grünen Landesregierung auch das Bundesverkehrsministerium, SPD, FDP und die meisten Medien gehören, konsequent ausgewichen. Es wurde offensichtlich, dass sie kein schlüssiges Argument hat, mit dem sie den Widerspruch zwischen den eigenen Klimaversprechen und dem Bau neuer Autobahnen erklären könnte. Statt auf Inhalte setzte sie daher auf massive Polizeigewalt und versteckte sich hinter angeblichen 'Sachzwängen', um ihre Beschlüsse gegen alle Vernunft durchzuprügeln. Das Verhalten der Verantwortlichen war eine moralische und politische Bankrotterklärung.

Auch wenn die Schneise (und möglicherweise zusätzliche Arbeitsflächen) gerodet wird: Die inhaltliche Diskussion haben die Besetzer:innen und die sie unterstützende Bewegung gewonnen. Das äußert sich nicht zuletzt in einer zu beobachtenden Verschiebung in der medialen Berichterstattung. Journalist:innen, die sich näher mit dem Thema befassten, kamen zunehmend zu dem Schluss, dass ihnen zwar vielleicht nicht alle Aktionen der Protestierenden gefielen, diese jedoch in der Sache Recht hatten: Mehr Autobahnen bedeuten mehr Verkehr - und beschleunigen so den Weg in den ökologischen Kollaps.

Im Bundesverkehrswegeplan sind etwa 850 km neuer Autobahnen bis 2030 vorgesehen. Doch die Verkehrswende- und Klimabewegung wird dafür sorgen, dass es nicht dazu kommt. Pläne oder 'Sachzwänge', die auf völlig veralteten Grundlagen basieren, haben im 21. Jahrhundert nichts verloren und werden von uns nicht mehr akzeptiert!